

Die Europas Zukunft aus gewerkschaftlicher Perspektive

Die EU befindet sich seit einem Jahrzehnt in der schlimmsten Integrationskrise ihrer Geschichte. Es gibt drei Entwicklungspfade, welche die EU aus heutiger Sicht einschlagen kann. Da ist zum einen die rechtspopulistische Zerstörung von Euro und EU, die sich nach den Wahlen in Frankreich und Italien ergeben kann. Zum zweiten kann die EU ihre Krise durch einen progressiven Kurswechsel überwinden. Die Inhalte dieses Weges werde ich in meinem Vortrag beschreiben. Zum dritten kann es beim Business as usual, also dem Muddling Through bleiben, beim dem die EU sich weiter durchwurstelt, ohne die Probleme wirklich zu lösen. Im Folgenden werde ich zunächst versuchen, die politischen Fehlentwicklungen zu analysieren, welche die EU in die momentane Sackgasse manövriert haben, um dann Lösungsmöglichkeiten aus progressiver Sicht zur Überwindung der Krise aufzuzeigen.

Zwei Jahrzehnte lang – von 1987 bis 2007 – hat sich der Integrationsprozess der EU in einer Aufschwungsphase befunden. Die Verwirklichung des Binnenmarkts, die Verabschiedung des Stufenplans für den Euro, wichtige Schritte zur Demokratisierung des Gesetzgebungsverfahrens und die Erweiterung der Gemeinschaft von 12 auf 27 Staaten zählen zu den markantesten Meilensteinen dieser Blütezeit der Integration.

Diese Periode endete jäh, als der EU-Verfassungsvertrag, der die Krönung der Aufschwungsphase bilden sollte, 2005 in Referenden in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnt wurde. Danach setzte in Verbindung mit den Folgen der Großen Weltfinanzkrise von 2008/2009 eine Stagnationsphase der Integration ein, die bis heute nicht überwunden ist.

Die Schwierigkeiten der EU, diese Krisenphase durch Vorwärtsschritte zu überwinden, sind darauf zurückzuführen, dass in der Blütezeit auch Entscheidungen getroffen wurden, die sich im Weiteren als schwere Hypothesen erweisen sollten. Zum einen ist die EU aufgrund ihrer starken geographischen Ausdehnung seit 1986 wesentlich heterogener geworden. Die zahlreichen Erweiterungen haben die sozialökonomische und die politische Kluft innerhalb der EU erheblich vertieft. Daraus ergeben sich so starke Interessendivergenzen, dass wesentliche Reformschritte kaum noch möglich sind. Ihre Handlungsunfähigkeit ist auch in der Flüchtlingskrise 2015/16 deutlich geworden, als es der Europäischen Kommission gegen viele Mitgliedstaaten nicht gelang, ein gemeinschaftliches Verteilungssystem für Flüchtlinge durchzusetzen.

Zum anderen ist der Euro im Maastrichter Vertrag mit großen Strukturdefiziten eingeführt worden. Eine gemeinsame Währung zu schaffen, ohne gleichzeitig die Politische Union unter Einschluss einer Europäischen Wirtschaftsregierung und einer Sozialunion zu vollenden, hat die WWU von Anfang an zu einer spannungsreichen Fehlkonstruktion gemacht. Diese Defizite wurden insbesondere in der durch die Weltfinanzkrise 2008/2009 ausgelösten Eurokrise sichtbar. Die Vorschläge, diese Konstruktionsfehler zu überwinden (Barroso- und van Rompuy-Pläne von 2012/13), hatten nur eine sehr kurze Halbwertszeit. Ohne die Beseitigung dieser Mängel kann die Eurokrise aber kaum überwunden werden.

Als dritte relevante Fehlentwicklung kam hinzu, dass die EU auf die Große Krise im Unterschied zu den USA mit einer harten Sparpolitik antwortete, weil sie irrtümlicher Weise die Staatsschulden und nicht die toxischen Praktiken auf den Weltfinanzmärkten als Ursache der Krise betrachtete. Während die USA mit Hilfe einer expansiven

Wirtschaftspolitik die Krise von 2008/2009 rasch überwand, steuerte die restriktive Fiskalpolitik die Eurozone 2012 und 2013 erneut in eine Rezession.

Hat bereits dieses Versagen bei der Bekämpfung der Eurokrise die Akzeptanz der EU in den Augen der europäischen Öffentlichkeit geschwächt, haben sich ihre Legitimationsprobleme zusätzlich dadurch verschärft, dass die Austeritätspolitik in etlichen Staaten mit hohen sozialen Kosten einherging.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist besonders problematisch, dass die Strategie des Neoliberalismus in der Krise, mittels einer Kombination von Sparpolitik und wettbewerbsorientierter Wirtschaftspolitik die Macht der Gewerkschaften in Europa zu schwächen, um auf diese Weise die Lohnentwicklung zu moderieren, mit wenigen Ausnahmen (z.B. Schweden und Österreich) fast überall in der EU erfolgreich durchgesetzt worden ist.

Die Austeritätspolitik hat in den »Programmländern« die Tarifvertragssysteme durch politische Eingriffe massiv unterhöhlt. Das gilt vor allem für Irland und Rumänien, wo ehemals weitgehend zentralisierte Tarifvertragsstrukturen in ein jetzt überwiegend dezentrales System mit Verhandlungen auf Unternehmensebene transformiert wurden. In den südeuropäischen Staaten Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sind zwar die Flächentarifverträge formal erhalten geblieben, wurden aber durch »Reformen«, welche die internationalen Institutionen durchgesetzt haben, in starkem Maße unterminiert. Dies geschah im Wesentlichen durch drei Maßnahmen: (1) dem Vorrang von Unternehmensvereinbarungen, zum Beispiel durch die Abschaffung bzw. Umkehrung des Günstigkeitsprinzips, was bedeutet, dass in der Praxis sektorale Standards unterlaufen werden können; (2) der weitgehenden Rücknahme der rechtlichen Unterstützung des Flächentarifvertragssystems, zum Beispiel durch die Einführung restriktiverer Kriterien für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen; (3) der Ausweitung der Möglichkeiten für gewerkschaftlich nicht organisierte Gruppen von Arbeitnehmern, Verhandlungen auf Unternehmensebene zu führen.

Im Gefolge dieser Eingriffe ist in Portugal, Spanien und Griechenland die Zahl der sektoralen Tarifabkommen von 2008 bis 2013 dramatisch gesunken: in Portugal von 172 auf 27, in Spanien von 1448 auf 887 und in Griechenland von 202 auf 14. Mit Recht kann hier von einer „De-Kollektivierung“ der Arbeitsbeziehungen gesprochen werden.

Auch in den anderen europäischen Ländern ist krisenbedingt die Zahl der Tarifvereinbarungen zurückgegangen, allerdings längst nicht in dem Umfang wie in den Programmländern. In Europa ist deshalb generell ein Rückgang des Tarifdeckungsgrades zu verzeichnen. Eine Ausnahme bilden hier nur Finnland, Österreich, die Niederlande und Belgien.

Es ist nicht verwunderlich, dass im Gefolge dieser Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht in der Zeit von 2008 bis 2014 tarifpolitische Erfolge in vielen Ländern ausblieben. In 13 der 28 EU-Staaten sind in diesem Krisenzeitraum die Reallöhne abgesenkt worden (European Commission 2015; table 31). Darüber hinaus gelang es in 18 der 28 Staaten nicht, den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen, nahmen die Reallöhne nicht im selben Maße zu wie die Produktivität (European Commission 2015; table 34). Besonders schwach waren erneut die relativen Lohnergebnisse in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Für die Position der Gewerkschaften in Europa ist es besonders bedrohlich, dass aufgrund der Austeritätspolitik jetzt auch die ehemals sehr starken Gewerkschaften in Südeuropa erheblich an Tarifmacht verloren haben und in allen vier Ländern die Reallöhne in der genannten Krisenperiode gesunken sind.

Die soziale Lage der Lohnabhängigen ist jedoch nicht nur durch diese Eingriffe in die Tarifpolitik verschlechtert worden, hinzu kamen in vielen Ländern der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Abbau der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme. Dies alles hat dazu geführt, dass die Unterstützung der EU in vielen Staaten schwindet. In Südeuropa wird die Austeritätspolitik vor allem von linken politischen Kräften kritisiert. Im Löwenanteil der übrigen Mitgliedstaaten gewinnen die nationalpopulistischen Parteien, welche die EU grundsätzlich ablehnen, deutlich an Gewicht. Dieser von der EU durch eine falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik selbst verursachte Verlust an Unterstützung ist eine bedrohliche Entwicklung für die Zukunft des Integrationsprozesses.

Aus der obigen Analyse der Ursachen der Krise folgt, dass die Therapie vor allem an fünf Punkten ansetzen muss, vier Punkte betreffen die Reform der Institutionen der EU, ein weiterer Punkt betrifft die Strategie der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Erstens sind die Defizite der Maastrichter WWU-Konstruktion zu überwinden. Zweitens muss in der Wirtschaftspolitik ein Paradigmenwechsel stattfinden. Drittens sollte die EU endlich entscheidende Schritte zur Realisierung einer Sozialunion gehen. Viertens kann diese Vorwärtsstrategie nur von einer Kerngruppe von EU-Staaten in Angriff genommen werden. Fünftens muss der EGB den Kampf gegen die Austeritätspolitik europaweit organisieren und eine Kampagne zur Wiederherstellung der Tarifvertragssysteme und zur Stabilisierung der Lohnpolitik führen. (Auf weitere Reformvorschläge, die in unserem Buch „Europa geht auch solidarisch“ enthalten sind, kann ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen).

Ad 1 Eine demokratische Europäische Wirtschaftsregierung

Ein einheitliches Währungsgebiet bedarf zur Durchführung einer konsistenten Wirtschaftspolitik sowohl der Geldpolitik als auch der Fiskalpolitik. Zur Zeit der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages dominierte in der makroökonomischen Theorie in Europa jedoch die Philosophie, dass eine Volkswirtschaft mit Hilfe der Geldpolitik besser zu steuern sei als mit der Fiskalpolitik.

Der Staat könne ohnehin nicht mit Steuern umgehen, von daher sei eine geringe Staatsquote und eine Politik der Schuldenbremsen die beste Ordnungspolitik. Aus diesem Grunde legt die Maastrichter WWU-Konstruktion großen Wert auf die Schuldenkriterien und vernachlässigt die Notwendigkeit einer expansiven Fiskalpolitik nahezu komplett. Die Krise der Realwirtschaft infolge der großen Finanzkrise 2008/2009 hat gezeigt, wie falsch diese neoliberale Sicht der makroökonomischen Politik war.

Im Unterschied zu echten Bundesstaaten verfügt die EU nicht über einen zentralen Bundeshaushalt, auf dessen Basis eine europäische Fiskalpolitik durchgeführt werden könnte. Wie schon im keynesianisch geprägten Werner-Plan zur Einführung einer gemeinsamen Währung von 1970 vorgesehen, muss deshalb ein wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium auf EU-Ebene geschaffen werden, das die Eckdaten der nationalen Staatshaushalte festlegt. Nur so lässt sich eine effektive europäische Fiskalpolitik gestalten.

Wer die Defizite des Maastrichter Vertrages heilen will, muss bei der Vertragsrevision

großes Gewicht auf die Europäisierung der Fiskalpolitik legen. Der beste Weg dazu besteht in der Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsregierung als Teil einer demokratisch gewählten supranationalen Regierung. Dies setzt eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union bzw. der Eurozone voraus. Da die Europäische Union auf kurze Sicht nicht über eine demokratisch gewählte Regierung verfügt, wäre zunächst nach einer Übergangslösung zu suchen.

Im Rahmen der gegebenen institutionellen Strukturen bietet sich folgende provisorische Ausgestaltung der Europäischen Wirtschaftsregierung an: die Europäische Kommission erarbeitet die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die auch die Festlegung der Eckwerte der öffentlichen Zentralhaushalte der Mitgliedstaaten beinhaltet. Diese Grundzüge müssten vom Rat der Union in Gestalt des Rates für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin) mit doppelter Mehrheit angenommen und vom Europäischen Parlament mit absoluter Mehrheit genehmigt werden (ordentliches Gesetzgebungsverfahren).

Dass die Entscheidung sowohl dem Parlament als auch dem Rat obliegt, ist angesichts des starken Gewichts der nationalen Haushalte für die Durchführung einer europäischen Fiskalpolitik auch aus demokratischen Gründen zwingend.

Ad 2 Expansive Fiskalpolitik statt Austerität

Der erste entscheidende Schritt einer demokratischen Europäischen Wirtschaftsregierung müsste die Ablösung der Austeritätspolitik durch eine expansive Wachstums- und Beschäftigungspolitik sein.

Die Europäische Wirtschaftsregierung müsste für die europäische Fiskalpolitik einerseits über einen wesentlich vergrößerten EU-Haushalt verfügen, andererseits über die Kompetenz, im Zusammenspiel mit dem Europäischen Parlament die Eckwerte der nationalen Haushaltspolitiken zu steuern. Durch Vertragsänderungen müssten die bisherigen Fesseln für eine expansive makroökonomische Politik in Gestalt der Schuldenregeln des Maastrichter Vertrages, des Wachstums- und Stabilitätspakts samt seiner Reformen sowie der Schuldenbremse des europäischen Fiskalpaktes abgestreift werden.

Stattdessen müssten als neue Zielindikatoren für eine veränderte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik ein hohes Beschäftigungsniveau mit guter Arbeit, ein angemessenes nachhaltiges Wirtschaftswachstum, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Maßnahmen für einen sozial-ökologischen Umbau sowie ein hohes Maß an Verteilungsgerechtigkeit in die Verträge aufgenommen werden.

Die Europäische Wirtschaftsregierung müsste im Zuge des Politikwechsels in der Makropolitik in Deutschland, das mittlerweile sowohl Haushaltsüberschüsse als auch einen großen Leistungsbilanzüberschuss verzeichnet, eine expansive Fiskalpolitik durchsetzen. Statt einen Teil seiner Ersparnisse in Form von Kapitalexporten ins Ausland zu transferieren, um die Leistungsbilanzdefizite seiner europäischen Partnerländer mit zu finanzieren, sollten diese Mittel in Deutschland in das Schul- und Hochschulsystem, in Forschung und Entwicklung, in den Gesundheitssektor und die vielfach marode Infrastruktur (Straßen, Wasserwege, Brücken, öffentliche Gebäude ...) investiert werden. Damit könnte die Binnenwirtschaft in Deutschland stimuliert, die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus den Partnerländern gesteigert und die

Überschüsse in der Leistungsbilanz reduziert werden.

Ad 3 Wege zu einer europäischen Sozialunion

Ein Konzept zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension der Europäischen Union sollte ein *umfassendes* Verständnis von Sozialpolitik haben. Es sollte sich nicht nur auf die Systeme der sozialen Sicherheit (Renten, Gesundheit, Familien, Arbeitslosigkeit) beziehen (Sozialpolitik im engeren Sinne), sondern alle Politikfelder umfassen, die sich auf die soziale Lage der Menschen beziehen. Diese ist im Wesentlichen von drei Bereichen abhängig:

- der Situation auf dem Arbeitsmarkt,
- der Lohn- und Einkommensentwicklung und
- der Absicherung, welche die wohlfahrtsstaatlichen Systeme (Renten, Gesundheit etc.) bieten.

Sozialpolitik im weiteren Sinne umfasst deshalb die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die Lohn- und Einkommenspolitik sowie die wohlfahrtsstaatliche Politik.

Der hier unterstützte Vorschlag zur Vertiefung der sozialen Dimension der Europäischen Union, der Überlegungen aus dem Hause des früheren Sozialkommissar Laszlo Andor weiterentwickelt (Non-Paper 2013), beinhaltet alle drei genannten Politikbereiche. In diesen drei Feldern umfasst er jeweils zwei Elemente:

Erstens einen Satz an Indikatoren, der über Ungleichgewichte und Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt, in der Lohn- und Einkommensentwicklung und in den Systemen der sozialen Sicherheit Auskunft gibt, und zweitens einen Satz an Instrumenten, der zur Beseitigung der jeweiligen Ungleichgewichte und Disparitäten geeignet ist.

Im Politikfeld Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sollten folgende drei Hauptindikatoren festgelegt werden: die Arbeitslosenquote, die NEET-Rate für Jugendliche (Not in Employment, Education or Training) und der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Hauptinstrumente zur Bekämpfung von Fehlentwicklungen und Disparitäten sind die nationalen und europäischen makroökonomischen Politiken zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, eine europäisch koordinierte Jobgarantie für Jugendliche sowie eine Reihe europäischer Arbeitsmarktregulierungen zur Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnisse.

Hauptindikatoren im Politikfeld Europäische Lohn- und Einkommenspolitik sind: die realen Lohnstückkosten, der Anteil des Niedriglohnsektors und die Armutsraten. Hauptinstrumente zur Vermeidung von Fehlentwicklungen sind in diesem Bereich: die europäische Koordinierung der nationalen Tarifpolitiken gemäß der Regel »Inflationsrate plus Produktivitätswachstum«, europäische Bestimmungen für die nationalen Mindestlöhne (diese sollten 60% des nationalen Durchschnittslohns betragen) sowie europäische Regeln für nationale Mindesteinkommen (Sozialhilfestandards).

Für das dritte Politikfeld „Soziale Sicherungssysteme“ könnte wie folgt ausgestaltet werden: Um auf nationaler Ebene den engen Zusammenhang zwischen den

Sozialausgaben und dem ökonomischen Entwicklungsniveau zu wahren, negative Abweichungen einzelner Staaten zu unterbinden und damit Sozialdumping zu vermeiden, ist es sinnvoll, auf der europäischen Ebene Koordinierungsregeln zu vereinbaren und Richtwerte für die nationalen Sozialausgaben festzulegen. Dieser Regulierungsansatz sollte sich aber nicht auf die einzelnen Sozialschutzfunktionen (Rente, Gesundheitsausgaben, ...) beziehen, sondern bei den Gesamtausgaben für die Soziale Sicherung ansetzen (weder absolute noch relative Mindeststandardregeln sind angesichts der unterschiedlichen nationalen Prioritäten sinnvoll). Als Konzept sollte hier das Korridormodell gewählt werden, das darauf abzielt, den Zusammenhang zwischen ökonomischem und wohlfahrtstaatlichem Entwicklungsniveau durch quantitative Regeln auf der europäischen Ebene zu bewahren.

Bezüglich aller Indikatoren sollten jährlich statistische Daten und Analysen vorgelegt werden, in denen über einen längeren Zeitraum für die einzelnen Mitgliedstaaten die Entwicklung der Indikatoren, ihre aktuellen Abweichungen vom historischen Trend im jeweiligen Land und ihre Abweichungen vom Mittelwert der EU-Staaten bzw. der Staaten der Eurozone untersucht werden. Es sollten Schwellenwerte für die Abweichungen festgelegt werden, die präventive Maßnahmen auslösen. Darüber hinaus sollten Schwellenwerte bestimmt werden, die zu sanktionsbewehrten korrektiven Maßnahmen führen. Die Europäische Kommission müsste auf der Basis dieser Analysen einen jährlichen Bericht »Zur Entwicklung der sozialen Lage in der EU« vorlegen. Die Mitgliedstaaten müssten jeweils einen nationalen Aktionsplan erarbeiten, in dem die geplanten präventiven und korrektiven Maßnahmen erläutert und die bisherigen Erfolge und Misserfolge bei der Umsetzung der vereinbarten europäischen Instrumente diskutiert werden.

Ad 4 Konzentration der Reformen auf „Kerneuropa“

Angesichts der beschriebenen Heterogenität der EU wäre es momentan äußerst schwierig, die oben dargestellte Reformagenda unter den Bedingungen der Einstimmigkeit durchzusetzen.

In dieser Situation muss auf das Instrument der „verstärkten Zusammenarbeit“ zurückgegriffen werden, das der EU-Vertrag in Artikel 20 anbietet. Zur Vertiefung der Integration kann eine Gruppe von mindestens neun EU-Staaten nach einem qualifizierten Mehrheitsbeschluss im Rat und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments dieses Instrument benutzen. In Frage kommen in diesem Falle die sechs Gründungsstaaten der EWG sowie Österreich, Portugal, Spanien und Griechenland. Es handelt sich damit um zunächst zehn von neunzehn Staaten der Eurozone, die diesen grundlegenden politischen, ökonomischen und sozialen Paradigmenwechsel des Euroregimes in Angriff nehmen müssten. Sollten sich die politischen Rahmenbedingungen in den übrigen Eurostaaten ändern, könnten sie zu einem späteren Zeitpunkt in die Kerngruppe aufgenommen werden.

Ad 5 Die Aufgaben des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Zu den vordringlichsten Aufgaben des EGB zählen:

Eine europäische Kampagne zur Wiederherstellung bzw. zur Einführung der Flächentarifvertragssysteme. Es muss europäische Mindestnormen für die

Gewerkschaftsarbeit in der EU geben. Dazu gehört die Beseitigung von Restriktionen für die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und von Restriktionen bei der Ausübung des Streikrechts, ferner die Förderung der Gründung von Branchenverbänden auf Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite. Dazu gehören die Wiederherstellung oder Einführung von Regeln für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen über unterschiedliche Mechanismen.

Eine weitere europäische Kampagne muss für die Einführung von europäischen Regeln für die nationalen Mindestlöhne organisiert werden. Diese sind zwar faktisch überall in der EU vorhanden, unterscheiden sich jedoch in ihrem relativen Gewicht (Anteil an den nationalen Durchschnittslöhnen) zu stark. Hier wäre eine Orientierung an der Regel notwendig, dass die Mindestlöhne 50% oder 60% der nationalen Durchschnittslöhne entsprechen müssen.

Schließlich müssen die Gewerkschaften in Europa ihre Aktivitäten zur Koordinierung der Lohnpolitik (Stichwort Doorn-Prozess) neu beleben. Die Orientierung der Lohnpolitik mindestens am verteilungsneutralen Spielraum aus Inflationsrate und Produktivitätszuwachs ist zwingend, soll der Politik des Lohndumping im Eurogebiet ein Riegel vorgeschoben werden.

Die momentan vom EGB begonnene Kampagne zur Lohnpolitik in Europa („Pay Rise“) ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der Vormarsch des Rechtspopulismus erfordert rasches Handeln. Eine Neuorientierung der europäischen Politik könnte von einer neuen Regierung in Deutschland ausgehen. Diese könnte mit einem Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Austeritätspolitik in Europa leisten. Dieser müsste – wie oben dargestellt – in einer Abkehr vom einseitig exportorientierten Wachstumsmodell und einer Stärkung der Binnenorientierung des Wachstums bestehen, um so einen wichtigen Schritt zur Korrektur der großen Unterschiede in den Leistungsbilanzsalden in der EU einzuleiten.

Darüber hinaus könnte die neue deutsche Regierung dazu beitragen, die rigiden haushaltspolitischen Auflagen im jetzigen Euroregime für die hoch verschuldeten Staaten Südeuropas und Frankreich zu lockern. Die Wirtschaftspolitik der Eurozone müsste von einer harten Sparpolitik auf eine beschäftigungs- und umweltorientierte Wachstumspolitik umgepolt werden. Die öffentlichen Schulden dieser Länder würden künftig nicht durch Spareingriffe, sondern wachsende Steuereinnahmen, die aus dem neuen Wachstumskurs resultieren, abgebaut werden

Durch diesen Politikwechsel könnten eine neue Regierung in Frankreich (möglicherweise unter einem Präsidenten Macron), das linke Reformbündnis Portugals, die Regierung in Griechenland, und ein neues Regierungsbündnis in Italien, das möglicherweise von der PD angeführt wird, Spielräume für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik bekommen.

Eine solche Neuorientierung der europäischen Politik wäre ein entscheidender und längst überfälliger Beitrag zur Eindämmung des Rechtspopulismus in der EU.